



Über 200.000 Menschen demonstrierten auf den DGB-Kundgebungen gegen Sozialabbau und Rüstungswahnsinn. Mehr als 50.000 Bürger kamen allein in Frankfurt zusammen. Unter den Demonstranten viele Bürger unserer Stadt, darunter alle Mandatsträger der DKP.

Gegen Sozialabbau und Rüstungswahnsinn. Für Vollbeschäftigung und Mitbestimmung.

Aus dem Aufruf des DGB-Hessen und Rheinland-Pfalz

Der Abbau unserer sozialen Sicherheit hat schon begonnen. Bereits die alte Bonner Koalition hat den Arbeitnehmern einseitig erhebliche Belastungen auferlegt. Jetzt sollen die Arbeitnehmer noch stärker zur Kasse gebeten werden. Graf Lambsdorffs Konzept wird von maßgeblichen Teilen der CDU, CSU und FDP vertreten. Das müssen wir befürchten: Unbezahlte Tage bei Krankheit. Kürzung des Arbeitslosengeldes auf 50 Prozent. Spätere Rentenkürzung für Arbeitnehmer, die jetzt arbeitslos sind oder es noch werden. Zusätzliche Beiträge von allen, die ins Krankenhaus müssen. Und vieles mehr. Gleichzeitig sollen Unternehmer und Selbständige noch mehr Steuervorteile zugeschustert bekommen.

Damit ist klar: Unternehmer sollen an der Krise des von ihnen so hochgelobten Wirtschaftssystems verdienen. Arbeitnehmer sollen die Lasten tragen. Dabei werden wir Arbeitnehmer gleich mehrfach belogen:

Man spricht von „Selbstbeteiligung“ im Gesundheitswesen – als ob wir das Gesundheitswesen nicht sowieso schon durch unsere Beiträge finanzieren würden!

Man spricht von sozialer Lastenverteilung – dabei werden Arbeitnehmer gleich

mehrfach bestraft: Zum Beispiel soll ein Arbeitsloser erst einmal weniger Arbeitslosengeld erhalten und später dann auch noch wegen der Arbeitslosenzeit eine geringere Rente!

Man verspricht neue Investitionen der Unternehmer durch Steuervorteile – und verschweigt, daß die meisten Investitionen zur Rationalisierung durchgeführt werden, also zur Arbeitsplatzvernichtung!

Wahr ist, daß es im Bundeshaushalt 1983 Löcher gibt, die gestopft werden müssen. Warum soll dann aber gleichzeitig der Rüstungsetat um mehr als vier Prozent erhöht werden? Warum verzichten die Politiker darauf, Steuerhinterziehung und Wirtschaftskriminalität der Reichen wirksam zu bekämpfen? Allein dadurch gehen dem Staat jährlich mehr als 40 Milliarden Mark verloren! Und warum verzichten die Politiker darauf, diejenigen zur Kasse zu bitten, die 100 000 Mark und mehr im Jahr verdienen?

Gegen den Sozialabbau und den damit verbundenen Rüstungswahn, gegen die einseitige Verteilung der Lasten der Wirtschaftskrise auf die Arbeitnehmer müssen wir uns gemeinsam wehren. Jetzt. Ehe es endgültig zu spät ist.

Poker

Im Frühjahr 1983 müssen in unserer Stadt der Bürgermeister und der 1. Stadtrat neu gewählt werden. Dabei ist noch lange nicht sicher, ob es bei Bernhard Brehl und Wilhelm Jourdan bleibt, denn CDU und Grüne haben im Stadtparlament gegenüber SPD und DKP eine Stimme Mehrheit – und damit kann man pokern.

So gibt es Überlegungen bei der CDU, die auf einen hauptamtlichen CDU-Stadtrat zielen. Bei der Grünen Bürgerliste gibt es ebenfalls Leute, die das labile Stimmverhältnis nutzen wollen, um das eine oder andere „politische Geschäft“ zu machen. Die DKP-Fraktion fährt hier einen klaren Kurs. Im „blickpunkt“ vom März 1981 schrieben wir: „Unabhängig wie das Kräfteverhältnis im künftigen Stadtparlament sein wird, einen CDU-Bürger-

meister werden die DKP-Stadterordneten im Jahre 1983 nicht wählen!“

Daran halten wir uns. Wir werden uns auch entschieden den Forderungen nach einem dritten hauptamtlichen Stadtrat widersetzen.

Die Einrichtung einer Stelle für diesen „dritten Mann“ würde dem Steuerzahler jährlich 250 000 DM kosten. Dies können und wollen wir nicht verantworten.

Rudi Hechler

Haltet eure Stadt sauber!



Mörfelden-Walldorf atomwaffenfreie Zone!

Den Beschluß mit Leben erfüllen!

Die DKP-Fraktion stellte am 28. September 1982 folgenden Antrag an die Stadtverordnetenversammlung:

„Auf allen städtischen Ortseingangs-/ausgangsschildern wird der Zusatz ‚Atomwaffenfreie Zone‘ angebracht. Auf den Briefbögen der Stadt Mörfelden-Walldorf, des Bürgermeisters und des Magistrates wird unter das Stadtwappen der Zusatz ‚Atomwaffenfreie Zone‘ aufgedruckt.

Bei neu erscheinenden Publikationen der Stadt (Stadtpläne, Informationsschriften etc.) wird der Zusatz ‚Atomwaffenfreie Zone‘ verwandt.

Der Zusatz ‚Atomwaffenfreie Zone‘ wird überall dort verwandt, wo das Stadtwappen unserer Stadt in Erscheinung tritt.

Die Stadt Mörfelden-Walldorf nimmt Kontakt zu anderen atomwaffenfreien Städten auf, mit dem Ziel den Erfahrungsaustausch aufzunehmen und evtl. Partnerschaftsverträge zu schließen.“

In der Begründung hierzu hieß es:

„Der Beschluß vom 15. Juni 1982, nach dem Mörfelden-Walldorf ‚Atomwaffenfreie Zone‘ sein soll, sollte umgesetzt werden. Wir müssen die Konsequenzen gegenüber der Bevölkerung, aber auch gegenüber übergeordneter kommunaler Gremien deutlich machen, zumal der Stationierungstermin für neue amerikanische Mittelstreckenraketen immer näher rückt.“

Stadtverordnetenvorsteher Günter Becker lehnte es ab, diesen Antrag auf die Tagesordnung zu setzen. Er ist der Meinung, solche Forderungen seien Verwaltungsangelegenheiten und könnten nicht Gegenstand der Beratung durch die Stadtverordnetenversammlung sein.

Die DKP-Fraktion teilt diese Auffassung des Stadtverordnetenvorstehers nicht, hat jedoch zunächst den Antrag an den Magistrat der Stadt überwiesen.

Gemeinsam wehren

Die Illustrierte „Stern“ hat es enthüllt: In der Eifel soll schon im Oktober mit dem Bau der Abschlußrampen für atomare Mittelstreckenraketen begonnen werden. Außerdem sollen statt der vorgesehenen 108 jetzt 385 Pershing-II-Atomraketen auf dem Boden der Bundesrepublik stationiert werden. Über diese Raketen wird zur Zeit in Genf zwischen den USA und der UdSSR verhandelt. Was aber soll da noch verhandelt werden, wenn jetzt schon vollendete Tatsachen geschaffen werden? Der Verdacht bestätigt sich, daß die amerikanische Regierung gar keine ernsthaften Verhandlungen will: In Genf wird zwar geredet, um die Öffentlichkeit zu beruhigen. Aber stationiert wird auf jeden Fall!

Der ehemalige Kanzler Schmidt hatte immer wieder betont: Vor der Stationierung wird erst verhandelt. Ziel der Verhandlungen sei es, die neuen Raketen überflüssig zu machen. Jetzt zeigt sich: der sogenannte „NATO-Doppelbeschluß“ ist ein Doppelbeschluß. Von vornherein war für die NATO-Oberen klar, daß die Atomraketen stationiert werden. Die neue Bundesregierung bekräftigt den Raketenbeschluß.

Wir fordern von der neuen Bundesregierung: Beachten Sie endlich die millionenfache Forderung der Friedensbewegung. Stoppen Sie sofort den Bau der Abschlußrampen! Keine neuen Atomraketen in unserem Land!

Setzen wir der Raketen-Koalition, die Koalition aller Demokraten, aller linken und fortschrittlichen Kräfte entgegen.

Auch in unserer Stadt müssen jetzt Zeichen gesetzt werden.

Die UZ schreibt nur
für Dich



SPD „kontaktet“

Mal wieder ist der SPD unserer Doppelstadt gelungen eine Ortszeitung herauszubringen. Unter der Überschrift „Wer bezahlt die Defizite?“ wird gesagt, es sei „unverständlich“, daß ablehnende Fraktionen keine Aussage darüber treffen, wer die verbleibenden Defizite dann schließlich doch bezahlt. Dazu ist zu sagen, daß jede Ausgabe der öffentlichen Hand aus den Steuern, Gebühren und Abgaben der Bevölkerung und der Wirtschaft kommen.

- Bei Kindergärten ist der Deckungsgrad etwa 20 bis 22 Prozent. Eigentlich müßte diese vorschulische Erziehungseinrichtung zum Nulltarif angeboten werden. Ein Kindergarten ist eine Sozialeinrichtung. Alle steuerzahlenden Bürger zahlen dafür, denn schließlich ist jeder Nutznießer, nicht nur die Kinder und deren Eltern.
- Wasserversorgung: Früher gab es Brunnen (privat oder gemeindeeigen). Zur Verbesserung der Hygiene, der Überwachung der Wasserqualität wurde die Wasserversorgung ebenfalls eine soziale Einrichtung, durch

Wasserleitungen verbessert. Früher sagte die SPD: Wer viel Wasser verbraucht, zahlt viel — die Einnahmen der Stadt sind größer und der Wasserpreis kann niedrig sein. Nach dieser Aussage wäre also der Umkehrschluß, bei geringerem Wasserverbrauch eine Erhöhung des Preises, weil Verwaltungsaufwand und Investitionen fast gleich bleiben. Das heißt aber auch, wird der Wasserpreis zu hoch angesetzt, daß Verbraucher am Wasser sparen oder Privatbrunnen bohren, so wird das Defizit noch größer oder der Preis noch höher.

- Müllabfuhr: Es wird in „Kontakt“ behauptet, daß der, der Müll produziert, sicherlich bereit ist, die tatsächliche Gebühr für eine vernünftige Müllbeseitigung zu zahlen. Wer wenig Müllanfall hat, also eine kleine Mülltonne oder weniger Mülltonnen in Anspruch nimmt, zahlt eine geringere Gebühr. Damit steigt aber die Müllgebühr, weil die Stadt pro Kopf 35,- DM und Jahr an den Kreis zahlt und diese Summe auf das Volumen der Müllgefäße umgerechnet. Zudem ist nicht der Verbraucher alleine Schuld an der ständig steigenden

Müllmenge, sondern auch die Industrie, die mit unnötigen Verpackungen und Einwegbehältnissen den Müllberg vergrößert.

Die DKP-Fraktion hat nie Gebührenerhöhungen abgelehnt ohne Alternativen aufzuzeigen. Wir sind der Meinung, daß die Bürger genug Steuern zahlen, damit für Ver- und Entsorgung, für Bildung und Erziehung, für gemeindliche Dienstleistungen und Vorsorge Maßnahmen genügend Mittel zur Verfügung stehen.

Wir weisen deshalb entschieden die Behauptung zurück, „es sei kein Geld da“. Wir sagen: Es ist genügend Geld da, nur wird es falsch verwandt!

Wir sagen, wo an der richtigen Stelle gespart und Geld hereingeholt werden muß. Unsere Forderungen gehen an Bonn und Wiesbaden.

Wer als Kommunalpolitiker immer nur den einfachen Weg geht und die kommunalen Gebühren ständig erhöht, macht sich mitschuldig an der Ausplünderung der arbeitenden Bevölkerung. Daran sollten vor allem die Sozialdemokraten jetzt denken und ein bißchen mehr sollten sie auch gegen die kämpfen, die Steuergelder im wahrsten Sinne des Wortes verpulvern. Zumal der entsprechende Minister jetzt Wörner und nicht mehr Apel heißt.

rd



Herbstzeit — Erntezeit. Nicht immer gibt es aber solche Produktexemplare an Weißkraut-Köpfen wie sie hier die Mörfelder Gärtner Peter Konrad Markert und Wilhelm Markert präsentieren. Die vier Köpfe wogen zusammen 110 Pfund und wurden im Herbst 1966 geerntet. Erwähnen muß man noch, es war eigentlich kein „gewöhnliches“ Weißkraut, sondern „schwäbisches Filderkraut.“

Vorsicht Taschendiebe!

„Der Rindfleischverbrauch sinkt um 12 Prozent“, „Die Leute sparen am Essen“, „Gespart wird beim und im Urlaub“... Das sind Überschriften aus Tageszeitungen der letzten Zeit. Mag auch das Wort sparen fehl am Platz sein, weil sparen bedeutet, daß man das Geld hat, aber nicht ausgibt, so ist mit diesen Überschriften doch ausgesagt, daß die Kaufkraft der Bevölkerung sinkt. Welche Folgen dies hat, beweist die rapide Zunahme der Arbeitslosenzahlen. Jeder, der Verantwortung für Preise im weitesten Sinne trägt, sollte sich dessen bewußt sein. Jedenfalls die öffentliche Hand sollte das Spiel der Erhöhungen nicht mitmachen, sollte als Bresmer der Preiserhöhungen auftreten. Daher ist der Äußerung des Präsidenten des Deutschen Städtetages, Rommel, zu widersprechen wenn er sagt, daß die Kommunen die Verminderung der „konsumtiven Leistungen“ ansteuern sollen und ebenso auf notwendige Investitionen im sozialen Bereich wie Kindergärten, -hort und -krippen verzichten sollen. Kostendeckende Gebührenhaus-

Für drei Leopard 2 á 4,2 Mio. Mark bekommt man ein kombiniertes Hallen-Freibad. Die Summe entspricht 117 Arbeitsplätzen in der Industrie

halte als Lösung der Finanznot der öffentlichen Haushalte. Rommel ist ein CDU-Mann, und es ist von seiner Partei auch nicht anders zu erwarten, als daß er die Lasten auf die Schultern der Arbeiter und Angestellten aufbürdet.

Anders sollte es da sein, wo Sozialdemokraten „aus Verantwortung für unsere Stadt“ die Politik maßgeblich bestimmen. Politik machen heißt doch nicht, starr nach den Richtlinien handeln, sondern bestrebt sein, den Rahmen des Machbaren zu erweitern im Sinne derer, die man zu vertreten hat.

Preissteigerung — und kein Ende

Die Chronologie der Erhöhungen in unserer Stadt legt beredtes Zeugnis ab für ein sich immer schneller drehendes Preiskarussell.

Wasser: pro cbm 1,20 DM ab 1981, Erhöhung für 1983 geplant;

Abwasser: pro cbm 1,15 DM ab 1981, Erhöhung 1983 geplant;
Kindergärten: 60,- DM, Erhöhung wurde durch Parlamentsmehrheit 1982 verhindert (ist aber erneut vorgesehen);
Kinderhort: 120,- DM, Erhöhung wurde durch Parlamentsmehrheit 1982 verhindert (erneute Erhöhung ins Auge

Für zwei Panzerabwehr-Hubschrauber = 8,8 Mio. DM bekommt man ein Freizeitsportzentrum und 50 Arbeitsplätze in der Bauindustrie

gefaßt); Friedhofsgebühren: Erhöhung 1980 und 1982; Badeseen: Erhöhung ab Juni 1981; Hundesteuer: Erhöhung auf 96,- DM ab 1982; Grundsteuer B: Erhöhung auf 170% ab 1982; Müll: Erhöhung durch Parlamentsmehrheit 1982 verhindert (wird bald erneut auf uns zukommen).

In einer Übersicht zum Haushaltsentwurf 1983 hat der Stadtkämmerer dargestellt, wie unsere Gebühren im Vergleich zu 81 hessischen Städten stehen. Daraus ist ersichtlich, daß unsere Stadt in den meisten Positionen im unteren Drittel rangiert. Darüber freuen wir uns, denn wir rechnen es auch unserem Engagement zu, daß Gebührenerhöhungen hier schwerer als anderswo politisch durchzusetzen waren.

Dies heißt aber nicht, daß die Bestrebung seitens der Finanzverwaltung aufhört zu „kostendeckenden“ Gebührenhaushalten zu kommen. Wir meinen, eine weitere Ausplünderung der Bevölkerung über Gebühren muß man sich entgegenstellen. So kann auch die Bevölkerung helfen, den erneuten Griff in die Taschen „des kleinen Mannes“ zu verhindern.

Ist sparen die Lösung?

Es ist leicht gesagt, die öffentliche Hand muß sparen, der Verwaltungsapparat ist zu aufgebläht. Im Gegensatz zu anderen Städten wie z. B. Frankfurt hat unsere Stadt noch keinen Personalabbau beschlossen. Personalabbau bedeutet fast immer Beschneidung der Leistungen für den Bürger. Die Entlastung des Stadtsäckels ist nur scheinbar eine Lösung, denn

mit dem Personalabbau erhöht sich das Arbeitslosenheer und belastet die Bundesanstalt in Nürnberg. Eine Verlagerung der Kosten von einer öffentlichen Kasse auf eine andere ist keine Lösung des Problems. Es ist doch völlig gleichgültig, aus welcher Tasche die öffentliche Hand das Geld nimmt. Letztendlich kommt es von der arbeitenden Bevölkerung und je weniger Menschen in Arbeit stehen, um so prekärer wird die Lage der öffentlichen Haushalte.

Lösungsvorschläge

Die Lösung, die Sprengung des Teufelskreises, kann doch nur dann gelingen, wenn man eine Politik einleitet, die Volksvermögen nicht der Konsumtion entzieht. Das heißt auf gut Deutsch: Wenn man Geld in zivile Projekte investiert, ist der Beschäftigungs-

Für einen MRCA-Tornado a 78 Mio. DM bekommt man 716 Sozialwohnungen, bei deren Bau man 1 000 Bauarbeiter beschäftigen kann.

effekt nachweislich wesentlich größer als bei Militärausgaben und die Befriedigung der Bedürfnisse der Bevölkerung wird erfüllt. Weil sich diese Erkenntnis zunehmend stärker in der Bevölkerung durchsetzt, wird die Front von Friedensbewegung und Gewerkschaften immer größer. Wir fordern daher:

- Eine drastische Kürzung der Rüstungsausgaben;
- die Streichung der Militärhilfen für die Diktaturen in Pakistan, in Chile, in der Türkei;
- eine Vermögensabgabe von 5 Prozent bei allen Millionären;
- energische Bekämpfung der Wirtschaftskriminalität;
- Kürzung der Ministergehälter, der Diäten der Bundestagsabgeordneten, der Gehälter der hohen Ministerbürokratie.

Wir fordern ein 50-Milliarden-Programm zur Behebung der Wohnungsnot, der Stadtsanierung und Verbesserung des Nahverkehrs und zur Beseitigung der Arbeitslosigkeit.

Rudolf Dötsch

BRIEFE

35,- und 50,- DM

Jeden Sonntag gibt es an der Startbahn eine Demonstration gegen dieses Umweltverbrechen.

Immer wieder wird dabei die Äußerung des ehemaligen Innenministers, die DKP würde die Startbahn-Demonstranten mit 35,- und 50,- DM pro Tag bezahlen, angesprochen.

Unser Leser Gerhard Zwilling schrieb dazu einen satirischen Leserbrief:

Lieber Rudi,

ich habe festgestellt, daß die meiner falschen Meinung nach schon erledigte Diskussion um das von der DKP angeblich gezahlte Demonstrationsgeld immer noch nicht zu Ende ist. Nach dem, was da mancherorts noch so erzählt wird, werden weiterhin zwischen DM 35,- und DM 50,- pro Demonstrationsteilnehmer von der DKP erstattet. Ich melde deshalb hiermit auch meine Ansprüche an. Es grenzt fast an einen Skandal, daß ich als Enkel eines ehemaligen kommunistischen Bürgermeisters von Mörfelden (wo gibt es das sonst noch?) und als einer, der jederzeit bereit ist, mit Euch Antidemokraten zu reden wie mit jedem anderen anständigen Bürger aus, diesen Tarif noch nicht in Anspruch nehmen konnte, obwohl ich mit meiner Familie schon manchen Tag an der Schandmauer oder in Wiesbaden als Demonstrant verbracht habe.

Ich habe gehört, daß es Leute gibt, die nicht nur die Bild-Zeitung lesen, sondern auch Euren Blickpunkt. Und diese Leute sollen erfahren, wie ungerecht Ihr das Geld aus Moskau unter den Demonstranten verteilt, denn außer mir gibt es noch eine ganze Reihe anderer, die noch kein Demonstrationsgeld erhalten haben. Deshalb bitte ich um Veröffentlichung in Eurer Zeitung, und zwar unter Nennung meiner vollständigen Adresse, nicht wie das ein Polizist im Freitags-Anzeiger tut, der sich schlicht und einfach als „Mörfelder Bürger“ bezeichnen läßt.

Sollte es allerdings erforderlich sein, daß man für die genannten Beträge auch gewalttätig werden muß, z. B. Steine wirft, dann steht mir keine Vergütung zu. Ich bitte in diesem Falle mein Schreiben als gegenstandslos zu betrachten.

Mit freundlichen Grüßen
Gerhard Zwilling
Mittelgasse 10
6082 Mörfelden

Befragung beweist:

Kinderkrippe ist notwendig

Seit vergangenen Monat liegt das Ergebnis einer Umfrage über die Notwendigkeit einer Kinderkrippe oder Krabbelstube für Mörfelden-Walldorf vor. Grund für die Umfrage war ein Beschluß der Stadtverordnetenversammlung vom Dezember 1981. Dieser Beschluß geht wiederum zurück auf die Aktivitäten der Krippeninitiative und das fortwährende Drängen der DKP.

Das Ergebnis der Befragung bestätigt die Forderungen der DKP und der Krippeninitiative nach Errichtung einer Kinderkrippe in der Doppelstadt. Betrachtet man die Anzahl derjenigen Eltern, die eine Krippe befürworten, wird deutlich, daß hierbei kein vereinzelter Wunsch vorliegt, sondern die übergroße Mehrheit (26,5% der 166 Eltern) die eine Krippe wünscht.

Betrachtet man sich die Gründe für die Befürwortung näher, so wird auch die soziale Notwendigkeit deutlich: 41 Eltern gaben als Begründung die Berufstätigkeit beider Elternteile an und 29 Eltern nannten als Grund „soziale Notlage“, weitere acht Mütter bzw. Väter

wünschen eine Krippe, weil sie ihr Kind allein erziehen.

Aus dieser Auswertung ergibt sich, daß ein dringender Bedarf für eine Kinderkrippe besteht. Denn allein 73 Eltern sind dringend – nämlich aus beruflichen und finanziellen Gründen – auf einen Krippenplatz für ihr Kleinkind angewiesen. Und in der heutigen Zeit wirtschaftlicher Krise mit wachsenden Reallohnverlusten in den Arbeiterhaushalten, wird die Anzahl derjenigen, die eine sinnvolle Betreuung ihrer Kleinkinder von gut ausgebildeten Erzieherinnen benötigen, wachsen.

Bedenkt man zudem, daß die hier wiedergegebenen Zahlen sich nur auf ein Viertel des Anteils der insgesamt Befragten bezieht (insgesamt wurden 821 Eltern befragt, 217 antworteten, also gut 25%), so läßt sich leicht errechnen, daß der tatsächliche Bedarf gewiß doppelt so hoch angesetzt werden kann, als er sich in den Antworten widerspiegelt.

Die DKP-Fraktion wird bei der Debatte um den Haushaltsplan 1983 jedenfalls erneut einen entsprechenden Antrag für die Errichtung einer Kinderkrippe in der Doppelstadt einbringen.

Schallschutzfenster von der FAG?

Bereits in der Umweltverträglichkeitsbewertung des Umweltministeriums in Wiesbaden zum Startbahnbau wurde gesagt, daß der Lärm in Mörfelden bis auf 65,6 dB (A) zunehmen wird, d. h. er wird neunmal größer. Als Trostpflaster wurde mit einem freiwilligen Schallschutzfensterprogramm gewinkt. Nun endlich nachdem der Wald abgeholzt ist und die Betonierungsarbeiten begonnen wurden, hält man die Zeit reif für eine ernüchternde Antwort. Wer wird denn nun in den Gebieten westlich der Heidelberger Straße sein?

1. Wer in der Lärmzone bis 65 dB (A) wohnt. (Das werden etwa die Gebiete westlich der Heidelberger Straße sein).
2. Für die übrigen Baugebiete westlich der Bahnlinie, die in die Lärmzone

bis 62 dB (A) fallen, wird noch geprüft, ob dafür das freiwillige Fensterprogramm in Anwendung kommt. 1983 will man mit der Prüfung fertig sein.

3. Für Baugenehmigungen, die nach dem 7. Juli 1978 erfolgten, wird es nichts aus dem FAG-Topf geben.

Überhaupt dürfte es neuere Bauten nicht betreffen, da diese schon aus baurechtlichen Gründen über Doppelglasscheiben zur Wärmedämmung verfügen. Zudem wirkt das Schallschutzfenster auch nur, wenn es geschlossen ist. Der Garten, Balkon, Sportanlagen und Naherholungsgebiete sind nicht vor Fluglärm zu schützen. Also mehr als ein Trostpflaster kann das Schallschutzfensterprogramm nicht sein.

Rechtskoalition ist zu stoppen!

Arbeitsplätze statt Raketen

Eine Unterschriften-Aktion der DKP-Hessen

Die Landtagswahlen haben die politische Landschaft in Hessen gründlich verändert. Dregger ist nicht durchgekommen. Die FDP ist aus dem hessischen Landtag geflogen.

Die Rechten haben von den Hessen eine Abfuhr erhalten, nachdem in Bonn mehr und mehr sichtbar geworden war, was der arbeitenden Bevölkerung mit der von Kohl, Genscher und Strauß geplanten „Wende“ alles zugemutet werden soll.

Statt der FDP sind die Grünen drin, eine Partei, die von linken und demokratischen Kräften in der Erwartung gewählt wurde, Bürgerinteressen im Landtag zur Geltung zu bringen. Die hessischen Wahlen wurden von den Parteien gewonnen, von denen die Wähler am ehesten erwarten, daß sie sich gegen Rüstung und Raketenstationierung, gegen Sozialabbau und für die Schaffung von Arbeitsplätzen und Lehrstellen einsetzen. Deshalb wurden sie gewählt. Und deshalb ist es nach den Wahlen richtig und wichtig, von ihnen zu fordern, daß sie diese Wählererwartungen erfüllen.

Die Stimmen für die SPD wurden nicht als Blankoschecks an Holger Börner abgegeben, wie das jetzt der eine oder andere schon wieder glauben machen will. Die SPD wurde in der Überzeugung gewählt, damit Dregger aufzuhalten und eine am Interesse der arbeitenden Bevölkerung orientierte Politik durchzusetzen. Wenn die SPD den Wählerauftrag ernst nehmen will, darf sie ihre bisherige Politik, die ja zu dem dramatischen Vertrauensschwund geführt hatte, nicht einfach fortsetzen. Die Wahlergebnisse in unserer Stadt haben eine Sonderstellung. Die Proteststimmung gegen die Startbahn-Parteien an der die DKP großen Anteil hat, schlug sich 33,5% Wählerstimmen für die Grünen nieder. Die undemokratische 5-Prozent-Klausel war der Hauptgrund, daß viele Startbahngegner die DKP nicht wählten. Trotzdem gewann auch die DKP viele Stimmen hinzu. Dafür bedanken wir uns herzlich bei allen unseren Wählern.

Die DKP wird jeden Beschluß des hessischen Landtages unterstützen, der im Interesse der arbeitenden Bevölkerung liegt und sie wird jede Maßnahme bekämpfen, die sich gegen die Interessen der arbeitenden Bevölkerung richtet.

DKP-Mörfelden-Walldorf

Liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger!

Annähernd 150 000 hessische Arbeiter und Angestellten sind arbeitslos. Niemand weiß, ob nicht auch ihn das bittere Los der Arbeitslosigkeit treffen wird. Und die neue Rechtskoalition in Bonn redet davon, daß die Talsohle noch nicht erreicht sei, daß noch viele Opfer gebracht werden müßten. Selbstverständlich verkündet sie diese „bittere Wahrheit“ in erster Linie, um sich selbst aus der Verantwortung zu nehmen.

Denn Arbeitsplätze können geschaffen werden. Sie können geschaffen werden auf Kosten der Gewinne der Konzerne, die die Arbeitsplätze vernichtet haben.

Sie können geschaffen werden, wenn die riesigen Rüstungsausgaben für Dinge verwandt werden, die wir wirklich brauchen: Für Schulen, Wohnungen, Kindergärten, Krankenhäuser, Bürgerhäuser, Sport- und Freizeiteinrichtungen, für Energieeinsparung und Umweltschutz, ausreichend Lehrer und vieles andere, was wir nötig haben.

Die Möglichkeiten, eine solche Politik im Interesse der arbeitenden Bevölkerung in Hessen durchzusetzen, sind jetzt größer als vor der Landtagswahl am 26. September. Es gibt eine parlamentarische Mehrheit links von der CDU. Jetzt muß der Druck wachsen, daß die Lebensinteressen der Bevölkerung in Wiesbaden Beachtung finden. Als einen Beitrag hierzu bitten wir Sie, die Initiative der DKP „Arbeitsplätze statt Raketen“ zu unterstützen und die folgenden Forderungen an die hessische Landesregierung zu unterschreiben.

Bitte abtrennen und einsenden an: DKP-Hessen, Cronstettenstr. 18, Ffm.



An die Hessische Landesregierung!

Ich unterstütze die folgenden Forderungen:

1. Verbot von Massenentlassungen und Betriebsstilllegungen in Hessen.
2. Ein Beschäftigungsprogramm für Hessen zur Schaffung von 200 000 Arbeitsplätzen bis 1985.
3. Finanzierung dieses Beschäftigungsprogramms aus den Gewinnen der Großindustrie und der Großbanken in Hessen sowie aus den Ausgaben für Rüstung und Raketen.

Name:

Anschrift:

Unterschrift:

8. Hessisches Arbeiterkonzert

Weimarer Staatskapelle

Dirigent: Dr. Peter Gülke

Solist: Ludwig Güttler, Trompete

Programm:

W. A. Mozart, Sinfonie Nr. 39 Es-Dur, KV 543

J. Haydn, Konzert für Trompete und Orchester, Es-Dur

R. Strauss, Till Eulenspiegels lustige Streiche, op. 28

Donnerstag, 18. November 1982, 20.00 Uhr
Offenbach, Theater an der Goethestraße

Eintritt:

6,- DM Vorverkauf

8,- DM Abendkasse

Eine Veranstaltung der DKP

Podiumsdiskussion

Kinderkrippe – aber wie?

Im Podium u.a.

Frau Schuldt, Bildungs-
referentin

Frau Fein, Personalrätin

Freitag, 5. November 1982
20.00 Uhr

Bürgerhaus Mörfelden



Mörfelden gestern

Eine lustige Gesellschaft fand sich am „Kerwemontag“ 1928 vor der ehemaligen Gaststätte „Zum Anker“ (in Mörfelden „Kuli“ genannt) zusammen. Anscheinend wurde ein Rennen mit verschiedenen Fahrzeugtypen veranstaltet. Es ist jedoch nicht überliefert, ob Motorrad, Kinderwagen oder Schubkarren den Sieg und somit Freibier errangen. Auf jeden Fall war Geselligkeit Trumpf, wie auch am diesjährigen „Kerwemontag“. Die Sorgen sollten vergessen werden. Aber werden Sie bei solchen Anlässen immer ganz vergessen? Damals wie heute ergreift die Menschen auch beim Fröhlichsein die Angst vor der Zukunft, wurde und wird über Arbeitslosigkeit und Kriegsgefahr gesprochen. Das war 1928 und ist 1982 verständlich.

Verantwortlich für den Inhalt: Rudolf Dötsch, 6082 Mörfelden, Schumannstraße 3; Druck: Eigendruck